

DS-Nr.	
/	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses:

Die Stadtverordnete Steinborn legt dar, dass ihre Fraktion den Antrag nur mittragen könne, wenn im Vorfeld künftiger Verkehrsordnungsmaßnahmen statt der „Einbeziehung“ der Bürger*innen lediglich eine „Information“ erfolge.

Die Stadtverordnete Kropp schließt sich dem an und verweist im Übrigen auf das angekündigte ganzheitliche Verkehrskonzept.

Dementsprechend ändert der Stadtverordnete Schneckenberger den vorliegenden Antrag ab.

Der Stadtverordnete Adam-Frick beantragt des Weiteren den Passus „straßenmäßige Verteilung von Strafzetteln“ zu streichen. Diesem Änderungsantrag wird bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Stadtverordnete Höfeld beantragt die Bezeichnung „BürgerInnen“ durch „Einwohner*innen“ zu ersetzen. Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem entsprechend modifizierten Antrag wie folgt zuzustimmen:

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei zukünftigen Maßnahmen zur Regelung des ruhenden Verkehrs (Einrichtung von Parkverbotszonen, u.ä.) die betroffenen Einwohner*innen zu informieren.*

Rüsselsheim am Main, den 29.09.2020



DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
FON 06142/1624998
MAIL Fraktion@liste-solidaritaet.de
INTERNET www.linke-liste-solidaritaet.de
Fraktionsvorsitzender
K.-H. Schneckenberger
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 31.08.2020

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag
Vorgehen der Verwaltung bei Verkehrsordnungsmaßnahmen
Zur Behandlung im HuFA und der SVV

Die SVV fordert den Magistrat auf, bei zukünftigen Maßnahmen zur Regelung des ruhenden Verkehrs (Einrichtung von Parkverbotszonen, straßenmäßige Verteilung von Strafzetteln u.ä.) die betroffenen BürgerInnen mit einzubeziehen oder zumindest zu informieren.

Begründung:

In jüngster Vergangenheit wurden im Rüsselsheimer Stadtgebiet wiederholt „Strafzettelaktionen“ durchgeführt wegen parken auf dem Bürgersteig (z.B. in der Adam-Foßhag-Str.) Dies geschah, obwohl das Verhalten der Verkehrsteilnehmer jahrelang toleriert wurde. Ebenso wurden Parkverbotszonen in Straßenteilen eingerichtet, die bisher zum parken freigegeben waren (z.B. In den Bachgärten). Das Vorgehen mag rechtlich korrekt sein, eine bürgernahe Verwaltung jedoch handelt anders. Information und Einbeziehung der Bevölkerung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein in Rüsselsheim.

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Karl-Heinz Schneckenberger